

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Mittelbadischer Courier. 1896-1936 1933

47 (24.2.1933)

Mittelbadischer Kurier

Ettlinger Tagblatt

Amtsblatt für Stadt und Bezirk Ettlingen mit den neuesten Handels-Nachrichten

Verlag: Buch- und Steinruderei H. Barth, Ettlingen
Kronenstr. 26, Fernruf 78, Postfach 1181, Karlsruhe.
Verantwortlich für den politischen Teil: Erich V. d. Heide.
Für den lokalen und Inseraten-Teil: H. Barth-Ettlingen.
Druck: H. & S. Grotzer, GmbH, Rastatt, Kaiserstr. 40/42.
Anzeigenannahmeschluss: 9 Uhr, dringende Anzeigen 10 Uhr.

Zeugungspreis durch die Post monatlich 1.60 RM; zusätzl. Postgebühren oder durch Träger frei Haus pro Monat: 1.60 RM Einzelnummer 10 Pf. Im Falle höherer Gewalt hat der Besteller keinen Anspruch auf Entschädigung bei verspäteter oder Nichterhalten der Zeitung. Abbestellungen können nur bis 25. des Monats auf den Monatsletzten angenommen werden.

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe 8 Reichspfennig. Sammelanzeigen 10 Reichspfennig. Reklameanzeigen 25 Reichspfennig. Beilagen: Das Tausend 12 Reichsmark. Bei Wiederholungen Rabatt, der bei Nichterhalten des Zieles bei aerischer Beibehaltung und Konkurrenz wegfällt. Für Platzvorschrift und Tag der Aufnahme kann keine Garantie übernommen werden.

Nummer 47

Freitag, den 24. Februar 1933

Jahrgang 70

Noch 50000 Wahlversammlungen

Diesmal 44,6 Millionen Wahlberechtigte

Berlin, 24. Febr. (Fernruf unserer Berliner Redaktion.) In Regierungskreisen verfolgt man den erbitterten Verlauf der Wahlkämpfe mit Besorgnis; trotz allem ist man aber der Auffassung, daß auch die letzten Großkämpfe ohne großes Blutvergießen vorübergehen werden. Die Polizei, an die in den nächsten Tagen die größten Anforderungen gestellt werden, ist auf alles vorbereitet. Die Regierung hat alle Maßnahmen angeordnet, die erforderlich sind, um die bis zum 5. März noch stattfindenden Wahlversammlungen, in denen allein 20 Ministerreden vorgesehen sind, zu sichern.

Wenn in dem diesmaligen Wahlkampf auch weniger Parteien als sonst auftreten, so ist doch die Zahl der Wahlversammlungen gegenüber früher keineswegs geringer geworden. Nach den Berichten der einzelnen Parteibüros kann man bis zum 5. März noch mit Schätzungswerte

50 000 Wahlversammlungen

im ganzen Reiche rechnen. Darunter befinden sich keine Wahlversammlungen mit mehr als 10 000 Besuchern, aber auch kleinere Zusammenkünfte.

Die Zahl der Wähler vermehrt sich ständig. Bei den Wahlen im Jahre 1928 waren 44,2 Millionen Reichstagswähler in Deutschland vorhanden. Im November zählte man bereits 44,4 Millionen. Bei den bevorstehenden Märzahlen sind, wie die „Wanderhalle“ hört, bereits 44,6 Millionen Wahlberechtigte zu verzeichnen. Die Zahl der Jungwähler, also der Zwanzigjährigen, ist nicht unbedeutend. Gegenüber dem November ist die Zahl dieser jugendlichen Wähler um 410 000 gestiegen. Vielfach wird nun angenommen, daß diese Jungwähler besonders wahlaktiv sind und sich danach drängen, ihre Stimme abzugeben. Tatsächlich ist

das aber nicht der Fall. Gerade bei den Jungwählern ist nach statistischen Erhebungen die Wahlbeteiligung geringer als bei den höheren Altersklassen, und zwar besonders bei den weiblichen Wählern.

In politischen Kreisen hat seit langem das Rätselraten über den Ausgang der Wahl eingelegt. Das Hauptinteresse gilt naturgemäß der Frage, ob es der nationalen Rechten diesmal gelingen wird, die absolute Majorität für sich zu erobern. Im Großen und Ganzen kann man von drei großen Fronten sprechen: die sogenannte marxistische Front der Kommunisten und Sozialdemokraten, die Front der Nationalen (Zentrum und Bayerische Volkspartei) und die nationale Sammlung. Bei der letzten Reichstagswahl gab es 44,4 Millionen Wahlberechtigte, jedoch machten nur 35,7 Millionen von ihrem Stimmrecht Gebrauch, so daß

die Partei der Nichtwähler die stolze Zahl von 8,7 Millionen

verzeichnete, also beinahe 20 Proz. Erfahrungsgemäß bringen sowohl die Linksparteien als auch die katholischen Parteien ihre Wähler fast reiflos zur Urne, so daß die große Partei der Nichtwähler fast hundertprozentig aus Anhängern der Rechtsparteien besteht. Die Rechtsparteien haben diese ungeheure Kraftquelle erkannt und ihr ganzer Wahlkampf richtet sich auf die Gewinnung dieser brachliegenden Stimmen. Zur absoluten Mehrheit fehlten den Rechtsparteien bei der letzten Wahl rund 22 Mandate und wenn man berücksichtigt, daß die Wahlparole diesmal von vornherein auf „Rechts oder links“ festgelegt wurde, so liegt die Wahrscheinlichkeit sehr nahe, daß die fehlenden 22 Mandate diesmal von der nationalen Sammlung erobert werden.

Hitler-Rede in Frankfurt a. M.

Reichsminister Frick warnt die Länder

Frankfurt a. M., 24. Febr. Zu der nationalsozialistischen Wahlversammlung in der Hitler gestern abend sprach, war die etwa 20 000 Menschen fassende Festhalle seit Tagen ausverkauft. Die Ueberfüllung gestattete nur den Einmarsch der Fahnenabteilung der SA. Tausende waren auf die oberen Eile angewiesen, wohin die Rede übertragen wurde. Außerdem waren auf drei Plätzen der Stadt Lautsprecher aufgestellt. Für die Rundgebung machte der Reichspropagandaleiter Dr. Goebbels die Rundberichterstattung. In einer einleitenden Ansprache würdigte er die Persönlichkeit Hitlers. „Dieser Kanal“, so rief er aus, „ist weit davon entfernt, sich in seiner Macht zu sonnen. Der Kampf wird fortgesetzt. Raum eine Minute gehört dem eigenen Ich. Tag und Nacht wird nur an das Ganze, an das Volk und an das Land gedacht.“

Hitler.

Der bei seinem Eintreffen von minutenlangem stürmischen Jubel empfangen wurde, führte etwa folgendes aus: Ich bin überzeugt, daß in Deutschland noch niemals Staatsmännern ein ähnlich zerrüttetes Gemeinwesen übergeben wurde wie uns. Die Parteien, die heute als unsere Gegner auftreten, haben in 14 Jahren den Beweis geliefert für eine Unfähigkeit, die beispiellos ist. Heute treten nun diese Männer auf und erheben die Frage: wo ist Euer Programm?

Es sieht so aus, als ob diese Männer irgendwie ein Legitimationsrecht hätten, an uns Forderungen zu stellen, als ob etwa wir 14 Jahre hindurch die deutsche Nation enttäuscht hätten. Es sieht das so aus, während sie in Wirklichkeit die Ankläger sind. Ich möchte die Frage nach dem Programm zurückgeben: Wo war Euer Programm? Die Antwort darauf kann nur lauten: Es war ein Programm der Vernichtung des deutschen Lebens in seiner Gesamtheit. Die Männer, die damals von Freiheit redeten, haben die Freiheit vergewaltigt. Wo ist die Freiheit geblieben, die man uns versprochen hat. Kein Mensch hat sie gesehen. Im Gegenteil: sie waren immer bereit, ihre Hand an geben zur Anebeluna des deutschen Volkes. Heute beklagen sich diese Männer und die Parteien, es geschehe ihnen Unrecht. 14 Jahre haben sie dem Gegner gegenüber nichts gemacht als den Gummi knüppel.

14 Jahre lang haben sie die Gefängnisse mit ihren politischen Gegnern gefüllt und Pressefreiheit nicht gekannt. Sie reden heute von Unterdrückung und Anebeluna der freien Meinungen. Allein mir selbst haben sie über drei Jahre das Reden verboten. Man hat unsere Versammlungen aufgesperrt, in ganzen Gebieten unsere Partei verboten und jetzt will man plötzlich von Unterdrückung reden? Der Herr sei ihnen gnädig, daß wir nicht ihre Verordnungen herausziehen (Stürmischer Beifall). Sie jammern über Terror, haben aber früher kein Wort gesagt über die Verfolgung der Nationalsozialisten. Weshalb jammern sie? Weil die erwachende Nation ihren Terror jetzt brechen wird (stürmischer Beifall). Wir werden die Freiheit in Deutschland einführen, indem wir ihre arimianen Feinde vernichten. Wir haben Gleichheit und Brüderlichkeit kennen gelernt. Es war die Gleichheit des Elends und des Hungers, die Brüderlichkeit der Korruption. Die Bürokratie, die sie beileitigen wollten, ist geblieben. Nur etwas ist beileitigt worden: die unerhörte Sauberkeit und Ehrlichkeit in unserem öffentlichen Leben. Ihr Regiment läßt eine Millionenarmee

von Arbeitslosen und ruinierten Bauern zurück. Hunderttausende von zerbrochenen mittelschichtlichen Existenzen. Heute wollen sie auf einmal in deutschen Namen sprechen. Und sie sagen: wir haben auch an der Front gekämpft. Der deutsche Arbeiter, sowohl — der Marxismus niemals (stürmischer Beifall). Wir ist nicht bekannt, das Eherl und Scheidemann und Genossen so sehr an der Front gekämpft hätten. Im Gegenteil, sie haben sich alle bemüht, im Frieden bereits die Kraft der Nation zu zerstören und im Kriege eine Revolution herbeizuführen. Heute wollen sie nicht mehr der Vater dieses Wechselbalges sein. Es nutzt ihnen nichts. Wir werden dafür sorgen, daß die Herren jetzt die Alimente bezahlen müssen, ob sie wollen oder nicht (stürmischer Beifall). Deutschland wird erst dann wieder anehen, wenn es die Elemente seiner Zerstörung ausschleidet.

Das Programm:

Es ist ein sehr hartes und nichternes Programm und sein erster Grundsat lautet: Deutsches Volk, mach dich frei von allen Illusionen, als ob irgend jemand in der Welt Dir helfen könnte. Kehre bei Dir selbst ein und suche die Voraussetzungen zum Leben in Deiner Kraft, Deinem Entschluß und Deiner Tat.

Sozialismus und Nationalismus müssen sich in eine Einheit verschmelzen. Aus dieser zusammengeballten Kraft muß

Wehrpflicht und Arbeitsdienst

Ein Interview des Reichsanzlers mit einem amerikanischen Journalisten

Berlin, 24. Febr. Reichsanzler Adolf Frick gewährte dem Berliner Chefforrespondenten der Associated Press, Kochner, ein Interview über schwebende politische und wirtschaftliche Angelegenheiten. Der Reichsanzler beantwortete die einzelnen Fragen folgendermaßen:

1. Die Einstellung der nationalen Regierung Deutschlands zu den Vereinigten Staaten von Amerika ist, wie nicht anders denkbar, aufrichtig freundschaftlich.

2. Sie fragen mich, ob ich noch an meinen im Dezember 1931 in einem Interview mit der Associated Press ausgesprochenen Standpunkt festhalte, daß private Auslandsschulden unter allen Umständen bezahlt werden müssen. Ich habe in dieser Frage immer den gleichen Standpunkt eingenommen und nehme ihn heute genau so ein. Ich habe auch niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß die Frage der Bezahlung von Schulden nicht nur eine Frage des Willens, sondern auch des Könnens ist, daß vor allem nicht durch politische oder wirtschaftliche Maßnahmen ein Schuldner, von dem man Geld zu erhalten hat, vorher vernichtet werden darf.

3. Ich möchte hoffen, daß die kommende Weltwirtschaftskonferenz wirkliche Wege findet, das in Unordnung geratene wirtschaftliche Leben der Welt wieder zu sanieren. Ich möchte in diesem Augenblick nicht über das von der deutschen Abordnung vorzuschlagende Programm sprechen. Deutschland ist in der Vergangenheit auf Weltkonferenzen oft enttäuscht worden. Was die Schutzmaßnahmen für die deutsche Landwirtschaft angeht, die immerhin zu einer Einschränkung der

das Ende des Klassenkampfes kommen. Die Gegner deuten die Zeichen der Zeit falsch. Die Zukunft gehört einem jungen Deutschland. Wir reden nicht von Demokratie, aber wir wollen, daß in der Zukunft das Regiment im Volk zu tief verwurzelt ist. Wir wissen genau, daß die Aufgaben, die unserer harren, schwer sind. Wir haben den Mut, sie anzufassen. So wie ich diese 14 Jahre niemals leichtfertig und leichtsinnig etwas versprochen habe, so tue ich es auch heute nicht. Vier Jahre wollen wir die Durchführung eines Programms, das primitiv und natürlich ist, das zurückführt zu den gesunden Wurzeln jeder natürlichen Kraft. Möge das deutsche Volk in diesen Tagen erfassen, daß es ein Votum abgibt, das für Generationen hinaus Bedeutung hat. Deutschland wird, ganz gleich, wie am 5. März sein Votum ausfällt, nicht in die Hände seiner Verderber wieder zurückfallen. Aber ich würde es begrüßen, wenn die Nation selbst ihr Schicksal erkennt und sich dem jungen Deutschland zur Verfügung stellt. Wenn ich heute den Appell für das junge Deutschland an Sie richte, so will ich Ihnen auch versprechen, daß ich mich nach vier Jahren wieder zu stellen gedenke. Wir wollen unsere Pflicht erfüllen. Deutsches Volk, erfülle Du die Deine, auf daß aus unserer Arbeit wieder entsteht das Deutsche Reich.

Dem Reichsanzler, dessen Rede häufig durch Beifallsausbrüchen unterbrochen wurde, wurden am Schluß stürmische Ovationen bereitet. Die Versammlung schloß mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes.

Auf einer großen Kundgebung bei Sagebiel sprach

Reichsinnenminister Dr. Frick

Er kündigte an, daß die Reichsregierung auch an ihrem Platz ansharren werde, wenn das deutsche Volk den Rechtsparteien nicht 51 Prozent Mehrheit zubillige. Das Rettungswerk Deutschlands müsse durchgeführt werden, so oder so. Dann sei der Staatsnotstand gegeben, der der Reichsregierung die Vollmacht gibt, am Platz zu bleiben. Die Reichsregierung habe es für unumgänglich notwendig gehalten, daß endlich mit der sogenannten Notregierung in Preußen aufgeräumt wird. Auch der Staatsgerichtshof wird sich über die Staatsnotwendigkeiten des deutschen Volkes nicht hinwegsetzen können. Ein Zurück kann es niemals mehr geben! Gewisse Länderregierungen haben den Sinn der neuen Zeit noch nicht recht verstanden. Ich als Reichsinnenminister muß diese Länder dringend warnen, auf diesem gefährlichen Pfad weiter zu wandeln. Für die Reichsregierung gibt es keine Mainline! Sie ist vielmehr entschlossen, auch läblich des Mainz ihre Autorität durchzusetzen. Es ist ein unerträglicher Zustand, wenn eine Landesregierung es duldet, daß eine gewisse Presse Mitglieder der Reichsregierung beschimpft. Hier wird die Reichsregierung eingreifen, selbst wenn darunter die Autorität der Landesregierungen Schaden leiden sollte. Wenn z. B. die letzten Nachtüber in Hamburg glauben, noch weiterhin im Amt zu bleiben, so möchte ich sagen, daß sie nach dem 5. März noch mehr werden lernen müssen, sich den Wünschen der Reichsregierung anzupassen.

Prälat Kaas

sprach in der Dortmunder Westmalenhalle. Er führte aus: Wenn es 1933 nicht mehr möglich ist, daß Brüning im Rundfunk vor der deutschen Öffentlichkeit und vor der Weltöffentlichkeit spreche, dann sei man weit genug. Das Zentrum könne seine Politik mit ruhigem Gewissen vertreten. Die Garzburger Front habe bewußt das Zentrum ausgeschaltet. Heute macht die Regierung bolschewistische Anleihen mit 4 Jahresplänen. Die Historiker werden einmal später die Jahre 1918—1933 als deutsche Aufbauphase beurteilen. Noch nie sei man in Deutschland so mißhelminisch regiert worden, wie heute. Das Zentrum habe immer darauf geachtet, daß Andersdenkende als deutsche Brüder zu betrachten seien. Ueber Konfessionen und Regierungen hinweg müßten Brücken geschlagen werden zum wahren Aufbau Deutschlands.

Ausführ führen können, so hat Deutschland sie nicht ergriffen, weil es etwa fremde Produkte fernhalten wollte, sondern lediglich, weil der deutsche Bauer einfach untergeht, wenn ihm nicht wirksam geholfen wird.

4. Militz und Allgemeiner Arbeitsdienst. Ich möchte hierzu meine rein persönlichen Gedanken äußern. Man kann die Militz und den allgemeinen Arbeitsdienst nicht in einem Atem nennen. Die Arbeitsdienstpflicht, die wir anstreben, hat mit einer Militz nichts zu tun. Die Militz soll der Landesverteidigung dienen. Die Arbeitsdienstpflicht verbannt als Idee ihre Entstehung der katastrophalen wirtschaftlichen Not und der daraus entpringenden Arbeitslosigkeit. Die Arbeitsdienstpflicht soll vor allem verhindern, daß die Hunderttausende unserer Jungarbeiter hilflos auf der Straße verkommen. Sie soll aber weiter durch eine allgemeine Erziehung zur Arbeit einer Ueberbrückung der Klassengegensätze dienen. Wer im Sommer auf der Landstraße reist, begreift einem immer in Bewegung befindlichen Meer arbeitsloser junger Leute, die planlos von Ort zu Ort ziehen und man kann bemerken, daß sie physisch und damit auch geistig und moralisch immer tiefer sinken. Gerade diese jungen Leute wollen wir vor dem Untergang bewahren. Als Nationalsozialist sehe ich auch in der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht ein Mittel, um zur Rettung vor der Arbeit zu erziehen. Unsere jungen Leute werden lernen, daß die Arbeit adelt.

Zur Frage der Einführung einer Militz möchte ich folgenden sagen: Im Jahre 1919 wurde von Deutschland aus die

Anregung gegeben, uns eine Miliz zu genehmigen. Damals forderte man von uns die Einführung der Berufsarmee mit zwölfjähriger Dienstzeit. Deutschland besitzt daher keine irgendwie ins Gewicht fallenden militärisch ausgebildeten Reserven. Jetzt redet man plötzlich von Abschaffung der Berufsarmee und Einführung der Miliz. Ich habe die Empfindung, daß dies nur geschieht, um am eigentlichen Kern des Problems vorbeizukommen. Nicht die Frage der Wehrsysteme ist entscheidend, sondern die Frage der Gleichberechtigung. Ist diese Frage entschieden, wird die Welt von selbst zu einer vernünftigen allgemeinen Abrüstung kommen können; denn es wird doch niemand behaupten wollen, daß die Welt etwa darunter leidet, daß Deutschland ein lächerlich kleines Berufsheer und keine Miliz besitzt. Sie leidet darunter, daß durch den Friedensvertrag von Versailles die Idee von zweierlei Recht verewigt werden soll. Diese unbillige Aufteilung der Nationen in Siegerstaaten und da-

mit lebensberechtigte und besiegte Nationen und damit lebensminderberechtigte ist unerträglich, führt zu allgemeiner Misstrauen und infolge davon wieder zu einer Ueberspannung militärischer Rüstungen. An sich ist es uns ganz gleich, welche Wehrsysteme die anderen Nationen einzuführen gedenken. Uninteressant ruht Berufsarmeen, aber nicht gleich ist es, ob eine Nation 100 000 Mann ohne Reserven besitzt und eine andere mit ihren Verbündeten für den Kriegsfall mehr als 12 Millionen. Und nicht gleich ist es, ob eine Nation vollständig technisch entwaifnet ist, während eine andere im Besitz der modernsten Angriffswaffen eine mehr als zehnfach überlegene Stellung einnimmt. Im Friedensvertrag von Versailles wurde uns auferlegt, abzurüsten, nicht damit 18 Jahre später eine Diskussion über Wehrsysteme stattfindet, sondern damit auch die anderen Völker abzurüsten in der Lage sind. Auf diese Abrüstung warten wir nunmehr seit mehr als zehn Jahren.

Anker liegenden columbianischen Kriegsschiffe, ohne jedoch einen Treffer anzubringen. Darauf ließen columbianische Flugzeuge auf und in einem scharfen Luftkampf wurde eine peruanische Maschine abgeschossen.

Einführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes in England?

London, 24. Februar. Der Abg. Graham-White wies im Unterhaus auf den freiwilligen Arbeitsdienst in Deutschland hin und fragte, ob nicht ein ähnliches System in England eingeführt werden könne. Der englische Arbeitsminister Sir Henry Deteron sagte, daß durch den freiwilligen Arbeitsdienst in Deutschland 200 000 Jugendlichen beschäftigt würden. Die englische Regierung erwäge auf das Vorschlags die Frage, ob ein ähnliches System in England eingeführt werden könnte. Man müsse jedoch bedenken, daß ein solches System in dem einen Lande passen in dem anderen aber unangebracht sein könnte.

Leon Blum und Herriot begeh gegen die Reichsregierung

Paris, 24. Februar. Im sozialistischen "Populaire" richtet Leon Blum einen Aufruf an die 2. Internationale zum Kampf gegen die gegenwärtige Reichsregierung. Die Aufgabe der französischen Sozialisten bestehe darin, ihre deutschen Kameraden durch alle zur Verfügung stehenden Mittel in ihrem Kampf zu unterstützen. Leon Blum wendet sich auch an die Kommunisten, die er ebenfalls zum Kampf gegen die Reichsregierung auffordert. Er begründet dies damit, daß Hitler es weniger auf Frankreich als auf Polen und Rußland abgesehen habe.

Gleichzeitig beschärfte sich Herriot in der "Tribune" in einem Appell an die übrigen Westmächte mit der Lage in Mitteleuropa und mißt sich dabei ebenfalls in innerdeutsche Verhältnisse. Man könne der Regierung Hitler zum mindesten nicht den Vorwurf machen, daß sie es an Gewalt fehlen lasse und man wisse heute noch nicht, was aus Bayern werde. Inzwischen beste die italienische Regierung ihren Verleumdungsfeldzug gegen Frankreich fort. Der einjährige Trost bei dieser Lage sei die Tatsache, daß man in Deutschland jetzt endlich gewisse Anzeichen für einen Zusammenbruch der Opposition feststellen könne. Man sei sich endlich darüber klar, daß die Diktatur des Krieges bedeute, da letzterer nur eine Auswirkung der Diktatur sein könne.

Wegen Hochverrat verhaftet

Schweidnitz, 24. Februar. Am Mittwoch wurden durch ein Ueberfallkommando der Waldenburger Schutzpolizei die Teilnehmer eines Staatsbürgerkurses, der von den Gewerkschaften, dem Reichsbanner und der SPD ausbezogen worden war, in Kallenberg, Kreis Schweidnitz, unter dem Verdacht hochverräterischer Bestrebungen verhaftet. Unter den 21 Verhafteten befindet sich der Leiter des Kurzes, der sozialdemokratische Reichstaatskandidat Volkshochschullehrer Dr. Stammer aus Breslau und der sozialdemokratische Stadtrat Hoppe. Die Verhafteten wurden in das Schweidnitzer Gerichtgefängnis eingeliefert. Die Untersuchung ist noch im Gange.

Neuer Konflikt in Genf

Deutsche Truppenanwesenheit im Rheinland soll Kriegsgrund sein

Genf, 24. Februar. In dem engeren Ausschuss der Abrüstungskonferenz, der den Vorschlag der englischen Regierung auf Verpflichtung sämtlicher Mächte behandelt, unter keinen Umständen in einem zukünftigen Konflikt zu Gewaltmaßnahmen zu greifen, kam es zu ernstlichen Meinungsverschiedenheiten, die zu einer Aufhebung der Sitzung führten. Die Vertreter Frankreichs, Belgiens und Südlawiens verlangten als Ausnahme gewisse Bestimmungen, vor allem des Bocarupaktes, die praktisch bedeuten würden, daß deutsche Truppenansammlungen in der entmilitarisierten Rheinlandszone die Bocarupomächte zu einem Vorgehen gegen Deutschland berechtigen.

Der deutsche Vertreter, Gesandter Goepfert, widersetzte sich dieser Auffassung. Schließlich wurde vorgeschlagen, daß die fünf Bocarupomächte, England, Frankreich, Italien, Belgien und Deutschland, sich untereinander über die Frage verständigen. Dem widersetzten sich aber die Türkei und Südlawien. Die Sitzung wurde deshalb kritisch verläßt.

Im Ausschuss für die private Waffenherstellung hat sich eine große Mehrheit zusammengefunden, um im Hauptausschuss gegen die von Frankreich beantragte Verstaatlichung der privaten Waffenindustrie einzutreten.



Dr. Gynans, der frühere belgische Außenminister, führt den Vorsitz bei der Vollversammlung des Völkerbundes, in der endlich eine verbindende Entscheidung in dem Konflikt zwischen China und Japan besprochen werden soll.

Luftkampf bei Tarapaca

Peruanisches Flugzeug abgeschossen. Bogota (Columbien), 25. Februar. Ein Luftkampf zwischen peruanischen und columbianischen Flugzeugen spielte sich am Donnerstag in der Nähe der fäkalisch von den Columbianern eroberten Stadt Tarapaca ab. Zunächst bombardierten fünf peruanische Flugzeuge die vor Tarapaca vor-

Englands Politik in Indien

Sicherungen gegen die geplante zentrale Bundesregierung.

London, 24. Febr. Das Unterhaus lehnte am Mittwoch mit 297 gegen 42 Stimmen einen Antrag des konservativen Abgeordneten General Sir Page Croft ab, in dem die geplante Schaffung einer zentralen Bundesregierung in Indien als gefährlich für die indische Bevölkerung und die englischen Interessen verurteilt wird. Sir Page Croft verlangte, daß die Selbstverwaltung vorerst nur in den einzelnen indischen Provinzen erprobt werde. Wenn die letzte Politik weiter verfolgt werde, so bedeute das das Ende der englischen Herrschaft und des englischen Einflusses in Indien. Die englische Nationalregierung habe keine Vollmacht dafür erhalten, das Weltreich auseinanderzutreiben. Im Namen der Regierung erklärte der Staatssekretär für Indien, Sir Samuel Hoare, daß die Regierungspolitik sich auf die Vereinbarungen aller bei der englisch-indischen Konferenz vertretenen Parteien stütze. Auf die Forderung der Opposition nach einer Freilassung der politischen Gefangenen erwiderte Hoare, daß die Regierung den Fehler unterschiedsloser Freilassung nicht wieder machen wolle, da dieser Fehler zu einem Wiederaufleben der Ungehorsamsbewegung geführt habe. Es sei sinnlos, den Provinzen die Selbstverwaltung zu geben, sie jedoch dem Gesamtstaat zu verweigern. Die von der Regierung als unerlässlich vorgeschriebenen Sicherungen würden durchaus wirksam sein. Eine andere Grundbedingung sei die, daß der geplante indische Bundesstaat die Eingeborenenstaaten maßgeblich vertreten müsse. Die englische Politik der Zusammenarbeit habe in den letzten 18 Monaten die Zahl der Freunde Englands in Indien stark erhöht.

Brasilien beugt Verletzungen seiner Neutralität vor

Rio de Janeiro, 24. Febr. Das brasilianische Kriegsschiff "Bahia" auf dem Amazonas hat Befehl erhalten, sich nach den an Peru und Kolumbien angrenzenden brasilianischen Gewässern zu bewegen, um die Innehaltung der brasilianischen Neutralität zu erzwingen. Die brasilianische Regierung hat eine Untersuchung über die Kämpfe bei Tarapaca einleiten lassen, die sich unter Verletzung der Neutralität in brasilianischen Gewässern abspielten.

Meldungen aus Para zufolge sind 18 columbianische Flugzeuge in Tarapaca eingetroffen. Ein bewaffnetes peruanisches Motorboot wurde von den Columbianern erbeutet.

Bieden sieht den Tod

57 Ein Theaterroman von Hanns Heinz Wollram

„Nicht? Schade, is 'n netter, manierlicher Kerl! Also der erzählte mir, er kam nämlich gerade vom Stammtisch und es war schon spät. Ich war bei meinem Schwager gewesen, da war nämlich Geburtstagsfeier von seinem Jüngsten, und dabei war es so spät geworden. Der erzählte mir also von der Sache, um die es sich hier dreht. Und als ich dann erfuhr, daß man den jungen Herrn Doktor, der da drüben sitzt, verhaftet hatte, da fing die Sache an, mich zu interessieren. Wie man so sagt, sogar persönlich zu interessieren. Herr Doktor hat nämlich seine Wohnung in der Parallelstraße von der Großkopfgasse, und unsere hinteren Zimmerwände stoßen aneinander. Nun interessiert man sich doch für die Leute, neben denen man wohnt. Man ist doch fast mit ihnen verheiratet. Jahrelang sitzt man nebeneinander und nur eine dünne Wand zwischen einem. In der Ehe ist es genau so, nur fehlt da die Wand... leider manchmal! Zuerst nun war ich furchtbar erschrocken, als ich erfuhr, daß ich neben solch einem Menschen geschlafen haben sollte! Nur durch die Wand von ihm getrennt. Schrecklich! Aber dann, wie ich so abends im Bett lag, dachte ich mir die ganze Sache nochmals durch. Es war da so still nebenan. Sonst hörte ich immer, wenn der Herr Doktor nach Hause kam; wenn er zu Bett ging; wenn er aufstand. Das war so zu sagen meine Uhr. Und nun war es seit einiger Zeit ganz still da nebenan. Ich hatte geglaubt, der Herr Doktor sei ver-

reist gewesen. Nun erst hatte ich erfahren, warum es dort nebenan so still geworden war.“

Geheimrat Dr. Hüßgen und Frankl begannen sich nun doch für die etwas langatmige Geschichte des pensionierten Postbeamten zu interessieren, und der Angeklagte sah leichten Herzes in Erwartung der nun folgenden Enthüllungen hinter seiner Brustung. Dr. Wemper wechselte einige Worte mit ihm.

Dann begann Herr Zeißmann wieder zu sprechen.

„Ja, es war still geworden hinter der Wand. Schon seit einigen Wochen. Und wie ich da so im Dunkeln liege und mir die ganze Geschichte, die mir mein Freund Schachmann erzählt hatte, nochmals durch den Kopf gehen ließ, da fiel mir auf einmal etwas auf. Dr. Schüller war nämlich ein sehr ruhiger Herr gewesen. Er war vor allem nur selten zu Hause. Hatte mit seiner Wittin, die im Stockwerk darüber wohnte, nichts weiter zu tun, als ihr die Miete zu zahlen. Das weiß ich genau, denn das hat mir die Frau selber erzählt. Sie ist nämlich die Witwe von einem Kollegen von mir. Ihr Mann war Postsekretär auf Amt VI, und kaufte auch bei der Halleischen die Milch des morgens. Dabei treffen wir uns oft. Ja, nun hatte der Doktor einen eigenen Eingang zu seinem Zimmer, es war überhaupt so, was die Studenten 'ne sturmfreie Bude nennen, aber er machte keinen Gebrauch davon! Ja, 'nen eigenen Eingang hatte er, direktweg vom Treppenhause aus. Ich war übrigens selber da, und hab mich überzeugt. Das interessiert einen doch, nicht wahr...? Ja, er hat seinen eigenen Eingang, der Herr Doktor, und trotzdem niemals Damenbesuche! Ich kann das ziemlich genau sagen, da ich sonst sicherlich was gehört hätte. Und Damenbesuch... das hätte ich sicher gehört, darauf können sich

Herr Gerichtshof verlassen! Also nie hatte er Damenbesuch, der Herr Doktor, und das ist doch bedächtig! Er ist doch schließlich ein junger Mensch, und als ich mal jung war... hahaha! Das waren Zeiten, da gab's noch Wadenwetter, wissen Sie, Herr Gerichtshof, da haben wir uns auf die Straße gestellt, da wo die Pferdebahnen hielten, und dann haben wir aufgepaßt, wenn die Damen einfielen, wenn es regnete besonders! Da konnten wir Waden sehn, und das nannten wir Wadenwetter... aber das gehört eigentlich wohl nicht hierher! Ja, jetzt komme ich zu dem, was ich Ihnen vor allem erzählen wollte: An jenem Morgen, an dem der Mord geschah, da hatte Doktor Schüller... Damenbesuch! Ich weiß das ganz genau! Damenbesuch! sagte Herr Zeißmann nochmals ganz bestimmt und laut, als ob er hiermit seinen höchsten Trumpf ausspiele.

„Nun?“ sagte Dr. Hüßgen ziemlich gelangweilt und enttäuscht, „was soll das für eine Bedeutung für den Fall Robotny haben, daß Herr Dr. Schüller am Tag, an dem der Mord geschah, oder besser und deutlicher, in der Nacht, die diesem Morgen vorausging, Damenbesuch hatte?“

„Ja, Herr Gerichtshof, daß Sie das nicht merken! Aber versteht sich... hahaha, versteht sich! Sie haben ja auch nicht das Gespräch gehört, das ich durch die Wand hindurchhören hörte! Herr Doktor Schüller hat doch, so viel mir mein Freund Schachmann erzählte, über einen gewissen Punkt keine Auslage machen wollen. Nun, dieser Punkt ist — die betreffende Dame!“

„Wie denn, was denn?“ fuhr Geheimrat Hüßgen plötzlich wieder interessiert auf. „Was sagen Sie da? Das ist ja Unsinn! Der Angeklagte hat lediglich nichts darüber aussagen wollen, was er in der Viertelstunde, in



So sah Paris während des Verkehrsstreiks aus.

Omibuschaffner in der 10-Minuten-Pause zwischen ihren Wagenbarrikaden. Die Angestellten der Pariser Verkehrsunternehmen sowie der Post- und Telegraphenämter traten zum Protest gegen die drückenden Steuerabgaben in einen 10 Minuten langen Streik, der allgemein durchgeführt wurde. Die stehenden Wagen, die alle Straßen blockierten, zwangen auf diese Weise auch alle Taxis und Privatwagen zu einer Beteiligung an der Demonstration.



Gelände-Wehrsport im verschneiten Mecklenburg.

Eine Patrouille des Ludwigsburger Stahlhelms bei Wehrsportübungen im freien Gelände. In der Gegend von Ludwigslust (Mecklenburg) hielten die dortigen Wehrsportgruppen des Stahlhelms im tiefverschneiten Gelände Wehrsportübungen ab, bei denen den jungen Rekruten gezeigt wurde, welche Bedingungen ein winterliches Gelände an den einzelnen Mann und die Gruppe stellt.

In wenigen Worten

Berlin, 24. Februar. In der Briesener Straße kam es in der vergangenen Nacht zwischen Unbekannten zu einer Schießerei, die ein Todesopfer forderte. Auf die Schüsse hin eilte der 29-jährige Walter Fache, der im Hause Briesener Straße 10 wohnt, ans Fenster, um nach der Ursache des Lärmes zu sehen. Am gleichen Augenblick erhielt er einen Kopfschuß, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Allem Anschein nach handelt es sich um eine abgeleitete Kugel. Die Nordkommission hat sofort die Ermittlungen aufgenommen.

Leipzig, 24. Febr. Gestern Abend ist es an verschiedenen Stellen der Stadt Leipzig zu politischen Zusammenstößen gekommen, die schwere Folgen zeitigten. Bisher sind 7 Personen mit schweren Verletzungen in die Krankenhäuser eingeliefert worden. Ein Schwerverletzter ist bereits gestorben.

Dortmund, 24. Febr. In der vergangenen Nacht wurde im Stadtteil Hörde der Polizeioberwachmeister Hieroth aus Dortmund-Hörde von einem Kommunisten von hinten angeschossen. Der Beamte erlitt lebensgefährliche Verletzungen, denen er am Donnerstag vormittag erlegen ist. Der Täter ist bekannt, konnte aber noch nicht gefasst werden.

Das Reichsernährungsministerium hat die Regierungen der Länder aufgefordert, zur Frage einer etwaigen Senkung der Vieh- und Schlachthofgebühren Stellung zu nehmen. Nach Eingang der Antworten und nach Sichtung des Materials beabsichtigt das Reichsernährungsministerium, die Vertreter der Länderregierungen zu einer Aussprache über diese Frage nach Berlin zu bitten.

Wie von zutändiger preussischer Seite auf Anfrage mitgeteilt wird, sind bisher in keinem Falle irgendwelche St-Geute oder Stahlhelmer als Hilfspolizei arge stellt worden. Es sei zu erwarten daß in den nächsten Tagen die Durchführungsbefehle zum dem Polizeierlaß des Reichskommissars für das preussische Innenministerium Goerina bekanntgegeben werden.

Der Reichskommissar für das preussische Innenministerium hat die Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten am 15. 2. durch die der „Vorwärts“ bis zum 22. Februar verboten wurde, aufzuheben.

Die preussische Badepolizeiverordnung soll in der Weise geändert werden, daß die kurze mit einem Winkel verlebene Badehofe für Männer wieder gestattet wird.

Bei einer Übung des 2. Pionierregiments in Sanok in Galizien ereignete sich ein schweres Unalück. Durch die vorzeitige Explosion einer Sprengladung erlitten 14 Soldaten zum größten Teil sehr schwere Verletzungen. Sieben Schwerverletzte wurden ins Krankenhaus nach Praemysl überführt werden. An ihrem Aufkommen wird ge zweifelt.

Der schwere Schneesturm über Italien und an der Adria wütet mit unverminderter Heftigkeit weiter. Verkehrsmittel liegen still. Telefonverbindungen sind unterbrochen. Auch über ganz Frankreich wütet seit gestern ein Schneesturm, der ungeheure Schäden anrichtet.

Warum Preußen den Reichskommissar bekam

Der Schriftsatz des Reiches zur Preußenlage

Berlin, 24. Febr. Wie wir hören, umfaßt der Schriftsatz des Reiches zur Lage der Regierung Braun gegen die neue Verordnung über Preußen zehn Seiten. Es sind ihm außerdem Anlagen beigelegt, die sich auf den Briefwechsel wegen Ausführung des Leipziger Urteils beziehen. Das Reich bringt in seinem Schriftsatz zum Ausdruck, daß die Zerteilung der Gewalten in Preußen, wie sie das Leipziger Urteil konstituierte, sich in der Praxis als mit dem Staatswohl unverträglich erwiesen habe. Insbesondere habe die Regierung Braun eine Reihe von Befugnissen für sich in Anspruch genommen, wie beispielsweise das Gnadenrecht, die keine rechtliche Stütze im Staatsgerichtsurteil fänden. Es habe sich daher ein Zustand entwickelt, der eine Hemmung der tatsächlichen Arbeiten und eine Verwirrung im Staatsleben herbeiführte, wodurch eine Verwirrung im Staatsleben entstand. Anstatt diese Verwirrung mit aller Kraft zu beseitigen, hätten die preussischen Staatsminister auf diesem Gebiete nichts getan. Die Pflichtverletzung des Landes Preußen gegenüber dem Reich, auf die das Vorgehen des Reiches sich unter Bezugnahme auf Artikel 48 Abs. 1 der Reichsverfassung stütze, werde in folgendem gezeiht: Nachdem die Verhältnisse in Preußen auf Grund des Leipziger Urteils sich als unumgänglich erwiesen hätten, sei es Pflicht des Landes Preußen gewesen diese Verhältnisse so schnell wie möglich zu beseitigen, nämlich durch Neubildung einer Regierung. Diese Pflicht habe das Land Preußen nicht nur nicht erfüllt, sondern im Gegenteil den Weg zur Erfüllung dieser Pflicht verhandelt, und zwar indem es von sich die Auflösung des Landtags nicht ermaßlichte. Es liege dabei eine Pflichtverletzung des Landtages selbst vor der einen Auflösungsantrag abzulehnte, wie auch eine Pflichtverletzung des Landes Preußen, repräsentiert durch den Drei-Männer-Anschluß, der ablehnte, die Landtagsauflösung abzulehnte. Die Berufung auf Art. 48 Abs. 1 der Reichsverfassung bedeute jedoch keine Distanzierung. Das Reich habe ledialich nicht dulden können, daß in einem Gebiet, das drei Fünftel des Reiches umfasse, die entflandene Verwirrung im Staatsleben zu schweren Konflikten führe.

Der Reichswehrminister in München

Der Reichswehrminister von Blomberg hatte gestern vormittag dem bayerischen Innenminister Stiick als Vertreter des Ministerpräsidenten einen Besuch ab. Am Anschluß hieran sprach der Minister beim Kardinal Dr. von Faul-

haber und beim Präsidenten der evangelischen Landeskirche D. Veit vor. Auch dem Münchener Oberbürgermeister Dr. Scharnagel machte Generalleutnant von Blomberg seinen Besuch.

Der Reichswehrminister nahm bei der Gelegenheit seines Besuches eine Besichtigung der Truppen des Standortes München im Hof der Kaserne des 1. Batl. des 19. Baur. Inf.-Regts. vor. Der Reichswehrminister begrüßte zunächst die Offiziere des Standortes München, an ihrer Spitze den Landeskommandanten, den Artillerieführer und den Stadtkommandanten. Er schritt dann die Front ab und hielt hierauf folgende Begrüßungsansprache:

„Soldaten der 7. Division! Ich bin stolz, vor Eurer Front als Euer Reichswehrminister treten zu können. Ueber drei Jahre habe ich die Soldaten an der äußersten Nordostküste des Deutschen Reiches befehligt. Nun reise ich vor Euch, die Ihr im Süden des Reiches die Wache haltet. Daraus ist zu erkennen, wie die Wehrmacht wie eine stählerne Klammer über das Reich gespannt ist. Welchem Stamme der einzelne Soldat auch angehört, als er in die Wehrmacht eintrat, hat er sich ohne Einschränkung durch Schwur und Willen dem ganzen Deutschland verschrieben. Soldaten, Deutschland durchlebt Tage, Wochen, Monate tieferlicher Erregung. Da blickt man scharf auf die Wehrmacht, wie sie am anschaulichsten Ehre und das Ansehen des Deutschen Reiches darstellt. Wir Soldaten stehen außerhalb des innerpolitischen Kampfes. Wir gehören keiner Partei an und keiner Klasse; wir gehören dem gesamten Volke; wir dienen der Gemeinschaft. Wir Soldaten sind uns der Verantwortung bewußt, daß wir die einzige bewaffnete Macht in Deutschland sind und bleiben werden. Aber hinter und neben uns stehen viele Millionen entschlossener Männer, zwar unbewaffnet, aber entschlossen, wie wir für das Vaterland zu leben und zu kämpfen. Unseren Bund mit ihnen wollen wir befestigen mit dem Ruf: Unser geliebtes Vaterland, das stolze Deutsche Reich, Hurra!“

Die Soldaten antworteten mit einem dreimaligen Hurra. Während die Musik das Deutschlandlied intonierte, im Anschluß an die Parade besichtigte der Reichswehrminister einige Kaserne. Am Abend fand ein militärischer Zapfenstreich statt. Ein Abendessen im Offiziersheim vereinigte nochmals den Reichswehrminister mit den Offizieren des Münchener Standortes. Heute vormittag wird der Reichswehrminister nach Stuttgart weiterreisen.

58) der der Mord begangen wurde und während der er mit seiner Kollegin Fräulein Milton zusammen in dem unteren Konversationszimmer des Theaters gesehen haben will, für einen Disput führte, und warum er sich in einem geradezu fürchterlichen Erregungszustande befand, in dem ihn Polizeirat Dr. Fischer antraf, als Schüler das bewachte Zimmer verließ.“

„Darüber kann ich Ihnen vielleicht Auskunft geben!“ „Sie, Herr Zeißigmann? Wie wollen Sie das können? Wie wollen Sie überhaupt nach so langer Zeit noch wissen, was sich genau an jenem Vormittag zugetragen hat? Selbst wenn Sie jenes Gespräch, von dem Sie sprachen, belauschen konnten, woher wissen Sie heute noch, an welchem Tage es genau gewesen ist?“

Herr Zeißigmann zog langsam und mit bedächtiger Miene ein Büchlein aus seiner Rocktasche. Es war ein in schwarzes Wachstuch eingeschlagenes Notizbuch.

„Weil ich mir meine Erlebnisse, die mir im Lauf eines Tages begegnen, alle genau in dieses Büchlein eintrage. Ordnung muß sein, und so bin ich das gewöhnt. Das gab's auf der Post nicht, daß etwas nicht eingetragen wurde! Da mußte es alle Tage genau stimmen! Und sehen Sie, Herr Gerichtshof, wenn man so ein ganzes Leben lang, fast 45 Jahre tagtäglich seine Eintragungen gemacht hat, dann kann man nicht mehr davon lassen. Und weil ich nun keine Briefeingänge mehr zu registrieren habe, so registriere ich Tag für Tag meine Erlebnisse. Sie sind nicht allzu aufregend! Was passiert schon unsereinem mal! Aber trotzdem habe ich genau Buch geführt, und so kann ich Ihnen genau sagen, wann der Tag war, an dem ich das Gespräch im Nebenzimmer hörte.“

„Na schön, also gut, nehmen wir mal an, daß das alles stimmt. Was haben Sie denn nun so Wichtiges gehört?“

Ein dumpfes Stöhnen klang plötzlich von den Rippen des Angeklagten und erfüllte quälend die tiefe Stille, die im Augenblick herrschte. Dann war es wieder still, und Mamertus Florian Zeißigmann nahm abermals das Wort.

„Die Dame, mit der Herr Dr. Schüler am Abend spät nach Hause gekommen war, hatte ihm von einer Reise nach Berlin erzählt, erst hat sie geweint, dann wieder war es lange Zeit ganz still, aber ich paßte gut auf. Endlich geschah doch einmal etwas in meinem stillen Leben. Ja, von einer Reise nach Berlin hat sie ihm erzählt und der Name des Ermordeten ist auch gefallen...!“

„Der Name Novotny ist in diesem Gespräch gefallen?“ Zeißigmann kam sich jetzt sehr wichtig vor. „Mamertus Florian“, sagte er zu sich selbst, „sie können in dem Prozeß gar nicht mehr ohne dich auskommen!“

Dann gab er laut zur Antwort: „Ja, die Dame erzählte, wie er, der Novotny, in Berlin in ihr Zimmer gedrungen war und... ja, und so weiter... Sie können sich ja ungefähr denken...!“

„Und das erfahren wir erst jetzt!“ Der alte Geheimrat schnappte vor Erregung nach Luft wie ein Karapfen auf dem Küchentisch.

Dr. Frankl sprang mit einem Satz von seinem Stuhle auf.

„Na, endlich haben wir ja das Motiv der Tat für den Angeklagten! Rache, nichts als Rache! Endlich kommt ein bißchen Licht in diese dunkle Affaire!“

Nach diesen Worten des Staatsanwalt entstand eine

dumpfe Pause lähmender Erkenntnis für alle Anwesenden. Also war dieser nette junge Dr. Schüler doch wohl schuldig! Niemand sprach ein Wort, so daß man nur den Angeklagten laut atmen hörte.

Schließlich wagte Herr Mamertus Florian Zeißigmann das Schweigen zu brechen. Ganz leise warf er hin: „Ich meine nun, daß sich das Gespräch im Theater, über das Herr Dr. Schüler keine Aussagen machen wollte, ebenfalls um dieses Thema gedreht haben könnte!“

„Selbstredend hat es sich das! Fräulein Milton steht mit dem Angeklagten unter einer Decke! Sie hat nur versucht, ihm durch ihre Aussage ein Alibi zu schaffen. Nun wir das Motiv zu der verabscheuungswürdigen Tat gefunden haben, ist ja wohl die Sache ziemlich zweifelsfrei!“

Des Staatsanwalts Augen blitzten. Wie ein guter Jagdhund warf er sich auf die neue Spur.

Alle Anwesenden waren in höchster Erregung. Man hatte allerseits das Gefühl, daß der Prozeß seiner Entscheidung entgegenging.

Da erhob sich Dr. Wemper.

Im Augenblick war die Stille im Saal wieder hergestellt.

„Mein Klient will eine Erklärung abgeben“, sagte er ganz ruhig und setzte sich wieder.

Alle Augen wandten sich Schüler zu. Es war so still, daß die Lautlosigkeit auf allen lastete. Das Interesse hatte den Höhepunkt erreicht.“

Geheimrat Dr. Hüßgen räusperte sich.

„So, Angeklagter, Sie wollen uns also endlich eine Erklärung abgeben?! Bitte, wir warten!“

(Fortsetzung folgt.)

Notverordnung zur Förderung der Landwirtschaft

Berlin, 24. Februar. Der Reichspräsident hat gestern auf Vorschlag der Reichsregierung eine Notverordnung zur Förderung der Landwirtschaft unterzeichnet. Durch sie werden die Voraussetzungen für die Durchführung des bereits bekanntgegebenen Programms der Reichsregierung zur verstärkten Pflege des Getreidemarktes geschaffen. Außerdem enthält die Notverordnung Bestimmungen zur Förderung der Verwendung von inländischem Mehl und Vorschriften zur Regelung der Hopfenanbaufläche.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wird ermächtigt, anzuordnen, daß und in welchem Umfang bei der Herstellung von Schmelzkäse inländischer Käse verwendet wird. Die für die deutsche Käsewirtschaft und insbesondere für die kraft daneberliegenden Milchwirtschaftsbetriebe im Allgäu, in Ostpreußen und am Niederrhein bedeutsame Schmelzkäseindustrie ging in letzter Zeit immer mehr dazu über, billigen und minderwertigen ausländischen Käse als Rohstoff zu verarbeiten. Dadurch wurde nicht nur die Absatz von deutschem Käse an die Schmelzkäsebetriebe beeinträchtigt, sondern in steigendem Maße auch die

Betriebe geschädigt, die an der Verarbeitung deutschen Käses festhielten. Auf die Schmelzkäseindustrie als Abnehmer können die deutschen Käseereien aber nicht verzichten, denn die Jahreserzeugung der deutschen Schmelzkäseindustrie beträgt schätzungsweise 500- bis 600 000 Zentner. Das entspricht etwa der Hälfte der deutschen Käseinfuhr. Durch die vorliegende Verordnung soll der Absatz deutschen Käses an die Schmelzkäseindustrie sichergestellt werden.

Ferner ist der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ermächtigt worden, die Hopfenanbaufläche zu regeln. Mit dieser Maßnahme ist ein alter Wunsch der deutschen Hopfenbauern erfüllt worden. Der Hopfenbau litt in den letzten Jahren so schwer unter unzureichenden Preisen, daß die Anbaufläche ständig zurückging. Diese Anbauflächenbeschränkung ermächtigte im letzten Jahre eine leichte Erholung der Preise. Damit ist aber wiederum die Gefahr einer zu starken Vergrößerung der Anbaufläche und damit eines neuen Preisverfalls entstanden. Einer solchen Entwicklung soll die Verordnung vorbeugen.

Göring verlangt scharfe Anwendung der Pressensperrenverordnung

Berlin, 24. Febr. Ueber Anwendung der pressensperrenrechtlichen Bestimmungen der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (Reichsgesetzblatt I Seite 35) hat, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, der Kommissar des Reiches für das preussische Ministerium des Innern unter dem 22. Februar 1933 an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten folgenden Erlaß gerichtet:

Zu meinem Bedauern habe ich feststellen müssen, daß die Handhaben der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 gegen Ausbreitungen der Presse nicht mit der Strenge angewandt werden, wie es angesichts der sich täglich steigenden Gefahr in periodischen Druckschriften, Flugblättern und Plakaten der regierungsfremden Parteien und Verbände erforderlich wäre. Ich habe daher scharf verlangen müssen, daß gegen den Herrn Reichskanzler und die Mitglieder der Regierung Beschlüsse und verächtlich machende Druckschriften in den Verkehr gelangt sind und gebildet werden, obwohl alle Voraussetzungen für die vollzogene Beschlagnahme und Verbotsmaßnahmen gegeben sind. Ich erwarte nunmehr von allen Polizeibehörden, daß der Beobachtung der Presse und der Herstellung und Verbreitung von Flugblättern eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt und mit Scharfe und Unnachgiebigkeit vorgegangen wird, wenn sich die Möglichkeit dazu bietet.

Ich werde Beamte, die es hier an dem notwendigen Dienstleister fehlen lassen, dienststrafrechtlich belangen.

SA macht Reichsbannerversammlung unmöglich

Essen, 24. Febr. Eine für gestern abend in den Zirkus Hagenbeck einberufene Versammlung der SA, und des Reichsbanners konnte nicht stattfinden, da schon viele Stunden vorher starke Gruppen SA in weitem Umfang das Treppelokal besetzt hielten. Die Polizei sah sich schließlich genötigt, die Versammlung zu verbieten, um Zusammenstöße zu verhindern. Zu Täuschlichkeiten ist es nicht gekommen.

Protesttelegramm der demokratischen Partei Würtemberg an den Reichspräsidenten

Stuttgart, 24. Februar. Im Zusammenhang mit den Zwischenfällen bei demokratischen Wahlversammlungen in Oberndorf und Bruchsal hat der Vorsitzende der Deutschdemokratischen Partei Würtembergs, Landtagsabgeordneter Geheimrat Dr.-Ing. Bruckmann-Heilbronn, ein Protesttelegramm an den Reichspräsidenten gerichtet, in dem u. a. festgestellt wird, daß an Wirtschaftsminister Dr. Mater unmissverständliche Ankündigungen ergangen seien, daß man ihm auch weiter das Reden unmöglich machen werde. Er habe aus diesem Grunde keine weitere Versammlungstätigkeit vorläufig einstellen müssen. Der Reichspräsident wird zum Schluß gebeten, darauf einzuzuwirken, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Wahlfreiheit nicht weiter durch Mittel der Gewalt beeinträchtigt.

Eine Beschwerde des Zentrums bei Göring

Berlin, 24. Februar. Der Generalsekretär der Deutschen Zentrumspartei, Vogel, hat an den Reichskommissar Göring folgendes Telegramm geschickt:

„Redaktion „Niederrheinisches Tageblatt“ Kempen-Niederhein teilt mir telefonisch folgendes mit: Am 22. Februar nachmittags 4.30 Uhr besetzt eine SA-Abteilung die Druckerei und verlangt vor Herausgabe der Zeitung eine Nummer einzusehen, um diese gegebenenfalls zu beschlagnahmen. Der Polizeikommissar von Kempen erscheint auf Anruf und verlangt ebenfalls eine Nummer der Zeitung. Der Polizeikommissar steht gemeinsam mit dem SA-Führer die Zeitung durch und gibt sie frei. Heute früh hatte der Verlag des „Niederrheinisches Tageblattes“ vom Landrat eine Verfügung bekommen, daß der Zeitung vor der Herausgabe durchzusehen und festzustellen, ob sie herausgegeben werden darf. Erheblich stärksten Protest gegen Einschränkung der Pressefreiheit, verlangen sofortige Anweisung an Landrat, seine Verfügung zurückzunehmen, mit der Bitte um umgehende Mitteilung.“

Ein Aufruf der Führer der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot

Berlin, 24. Febr. Die Führer der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot veröffentlichten folgenden Aufruf:

„An das deutsche Volk!
Die Regierung der nationalen Erhebung ruft das deutsche Volk am 5. März zur Wahl auf, daß es die Bahn frei mache für die rettende Tat.“

Diese Regierung ist kein Parteidiktum, sondern der im Angesicht Hindenburgs feierlich beschworene Bund aller nationalen Kräfte.

Wir Führer der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot haben von jeher für das fruchtbare Zusammenwirken aller Deutschen und gegen den Herrschaftsanspruch selbsthütigen Parteilichkeits gekämpft.

Auch in diesem Wahlkampf ringen wir nicht um die Ausdehnung der eigenen Macht innerhalb der Regierung, sondern allein um die Vertiefung und Befestigung der nationalen Einheit. Wir sind aber entschlossen, diese mühsam er-

rungene Einheit gegen jeden erneuten Angriff des Parteilichkeits bis zum äußersten zu verteidigen.

Denn das deutsche Volk will Führer, denen das Vaterland über der Partei steht.

Es fordert Männer, die sich in Demut beugen vor der Größe der Verantwortung, die sie vor Gott und dem Vaterland tragen. Leuchtendes Vorbild solchen selbstlosen Dienstes an der Gesamtheit ist uns allen der Generalfeldmarschall von Hindenburg. In seinem Namen und in seinem Sinne führen wir den Wahlkampf, auf daß sein Wort wahr werde: „Ich will von Parteien nichts wissen. Das ganze Deutschland soll es sein.“

Deutsches Volk, entscheide dich.

Du willst keinen Mißfall in Parteiherrschaft, sondern Bewahrung und Vertiefung der endlich errungenen nationalen Einigung. Folge uns unter Schwarz-Weiß-Rot mit Hindenburg für ein neues Deutschland.

Generalfeldmarschall von Hindenburg, von Papen Eugenberg, Franz Selbte.“

Studentenrecht und Anerkennung der Studentenschaft

Berlin, 24. Februar. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, entbehren die Gerichte, daß die staatliche Anerkennung der Studentenschaft in wenigen Tagen bevorsteht, der tatsächlichen Grundlage. Dagegen ist der Reichskommissar für das preussische Kultusministerium entschlossen, das im Entwurf bereits vorliegende und in Beratungen weit geforderte neue Studentenrecht so frühzeitig zu erlassen, daß die Studenten der preussischen Hochschulen es zu Beginn des Sommersemesters vorfinden. Mit dem Erlaß der neuen Satzung wird die staatliche Anerkennung der Studentenschaft ohne weiteres verbunden sein.

Zumultszenen in der französischen Kammer

Paris, 24. Februar. In der französischen Kammer kam es am Donnerstag zu heftigen Zwischenfällen bei der Abstimmung der Wahl eines rechtsgerichteten Abgeordneten, die von seinem Gegenkandidaten, einem Sozialisten, als zu Unrecht behandelung angegriffen worden war. Man wird dem Abgeordneten vor seinen Gegner während des Wahlkampfes in tendenziöser Weise verleumdet und die Stimmen eines großen Teiles der Wählererschaft gekauft zu haben. Obgleich sich der Abgeordnete bestig gegen diesen Vorwurf wehrte, wurde seine Wahl für unzulässig erklärt. Bei der Bekämpfung des Abstimmungsereignisses kam es zu blutigen tumultartigen Zwischenfällen. Auf der rechten Seite forderte man die Auflösung des Parlaments und den Rücktritt des Kammerpräsidenten, der die Sitzung schließlich vertagte, um der Erregung ein Ende zu machen.

Aus Baden und Nachbarstaaten

Heidelberg, 24. Febr. (Einspruch gegen Verlegung der Zahnklinik.) Der Oberbürgermeister hat in einer Unterredung mit den Stellvertretern des zurzeit erkrankten Ministers für Kultus und Unterricht gegen den Plan der Verlegung der zahnärztlichen Klinik von Heidelberg nach Freiburg Einspruch erhoben. Es wurde ihm versichert, daß traudliche Beschlüsse in der Angelegenheit bisher noch nicht gefaßt worden sind.

Wissenschaftliche Erklärung über die letzten Erdstöße

Das Erdbeben im Hochschwarzwald stark gespürt

Freiburg, 24. Febr. Das von den wissenschaftlichen Instituten am Dienstag ausgezeichnete neuerliche Erdbeben wurde in seinem ganzen Verlauf wiederum im Innern des Hochschwarzwaldes stark gespürt, in Gebieten, die sonst eigentlich weniger von solchen Erschütterungen berührt zu sein pflegen. In Tagen über 900 Meter wurden die beiden Stöße wahrgenommen, der erste um 16.46 schwach, der zweite 16.49 außerordentlich deutlich und stark. Der zweite Stoß wurde auch in tieferen Lagen von 700 Metern sehr ausgeprägt wahrgenommen. Im Gegensatz zum neuerlichen Erdbeben, wo die Bewegung wellenförmig verlief, war die Art der Wahrnehmung diesmal deutlich die eines starken Stoßes, unter dessen Einfluß die Häuser im ganzen Mauerwerk zitterten. Begleitet war die Erscheinung von einem schweren dumpfen Rollen, als wenn eine Anzahl schwer beladener Lastautos über die Straßen sähe. Von Schäden ist bisher nichts bekannt geworden.

Das Beben wurde auch in Säckingen verspürt, und zwar kurz nach 4.45 Uhr nachmittags an verschiedenen Stellen der Stadt. Der Stoß war schwächer als der vor einiger Zeit und kam anscheinend von Südwesten her, um sich in nordöstlicher Richtung fortzusetzen. Auch in Oberrieden wurde das Beben wahrgenommen.

Von wissenschaftlicher Seite wird jetzt erklärt, es könne kaum mehr ein Zweifel bestehen, daß zwischen den tektonischen Vorgängen in der Oberrheinischen Tiefebene und denen im Grabenbruch von Hechingen-Ebingen ein enger Zusammenhang besteht. Diese Erkenntnis ist vollkommen neu; bisher wurde noch nie eine derartige Verquickung der unterirdischen Vorgänge des Rheintalgrabens und des Hebingen Grabens nachgewiesen. Das Beben hatte mindestens die Stärke 5.

Ladenburg, 24. Febr. (Der Redar fährt Treibeis.) Infolge der in den letzten Nächten aufgetretenen Kälte fährt der Redar wieder Treibeis. An der Seite von Redarhausen ist der Fluß mit einer Eisdicke überzogen.

Heiligkreuzsteinach, 24. Febr. (Scheune niedergebrannt.) Zum zweitenmal innerhalb weniger Tage brach hier Feuer aus. Diesmal wurde die Scheune des Federarbeiters Georg Reinhard ein Raub der Flammen. Die Nachbargebäude konnten vor dem Uebergreifen des Feuers geschützt werden.

Pforzheim, 24. Februar. (Vollzogene Bürgermeisterwahl.) In der Bürgerausschreibung am Mittwoch erfolgte die Wahl des bisher als Oberrechtsrat und juristischer Mitarbeiter in der Stadtverwaltung tätigen Dr. Hans Gottlob zum 2. Bürgermeister. Die Stellung war seit dem Ausscheiden von Dr. Eccarius aus finanziellen Gründen unbesetzt geblieben. Der neue Pforzheimer Bürgermeister kehrt seit zwei Jahren im Dienste der Stadt. Er kommt aus Karlsruhe war zuerst im Staatsdienst tätig, u. a. Regierungsrat im Finanzministerium und wurde im März 1931 unter 115 Bewerbern zum Stadtoberrechtsrat gewählt.

Freiburg, 24. Febr. (Eblöder Sturz.) Eine auswärtige Ehefrau, die sich durch einen Sturz von der Treppe vor einigen Tagen einen Schädelbruch zugezogen hatte, ist ihren Verletzungen in der Klinik erlegen.

Neuenhausen bei Freiburg, 24. Febr. (Brand.) In dem Dekonomiegebäude des hiesigen Landwirts Vinzenz Braun brach Feuer aus, das an den dort aufgeschichteten Vorräten von Stroh und Heu reichliche Nahrung fand, sich mit rasender Geschwindigkeit verbreitete und das Anwesen zerstörte. Die brandgeschädigte Familie erlitt schon während des Krieges, 1916 ein schweres Brandunglück. Ohne Zweifel ist das Feuer durch Kurzschluss entstanden.

Erdingen a. R., 24. Febr. (Ein erfreulicher Beschluß.) Der Reichsbund der Kriegsgeschädigten hat den erfreulichen Beschluß gefaßt, das durch die Affäre des Schwindlers Hummel feillich und körperlich schwer mitgenommene Kriegselternpaar Daubmann auf Kosten des Reichsbundes drei Wochen in das Erholungsheim des Bundes bei Oberndorf im bayrischen Allgäu zur Erholung zu schicken.

Neuenburg (bei Müllheim), 24. Febr. (Schneegänsejagd.) Selten noch in einem Winter wie dieses Jahr konnten in so großen Mengen Schneegänse beobachtet werden. Des öfteren am Tag zählten die scharfäugigen Schwäne von 50 und mehr Stück im typischen Dreieckflug sowohl von Norden nach Süden als auch in umgekehrter Richtung. Auch Winter haben sich in größerer Zahl schon mehrfach diesen Winter im Allgäu aufgehalten. Andererseits sind schon sehr zahlreich die Berge und Täler aus ihren Winterquartieren zurückgekehrt, denen durch den Schneefall die meisten Futterplätze verschlossen wurden.

Hohrhardtsberg, 24. Febr. (Eckhütte abgebrannt.) Die zwischen Brand und Hohrhardtsberg in 1140 Meter Höhe gelegene Eckhütte ist aus noch unbekannter Ursache vollständig abgebrannt. Infolge der abgelegenen Lage der Hütte war ans Löschen nicht zu denken, so daß nichts mehr gerettet werden konnte.

Waldkirch, 24. Febr. (Belohnung für Lebensrettung.) Vor einiger Zeit kürzte ein Reisender beim Aufspringen auf einen fahrenden Zug und kam zwischen Randstein und Zug zu liegen. Der Zugkassierer Schmiedeburger vom Bahnhof Singen-Hohentwiel hatte die Gelbesgegenwart in feinerer Stellung den Reisenden so an den Randstein zu pressen und ihm den Kopf nach unten zu drücken, daß der Reisende vom Zug nicht erfasst wurde. Dem mutigen Retter wurde für dieses Mal von der Reichsbahndirektion Karlsruhe eine Geldbelohnung zuerkannt.

Verbot der „Volksstimme“ in Mannheim

Karlsruhe, 24. Febr. Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Auf Erlaß des Reichsministers des Innern wurde die in Mannheim erscheinende Tageszeitung „Volksstimme“ auf die Dauer von fünf Tagen verboten. Das Blatt brachte in Nummer 37 vom 7. Februar 1933 auf Seite 9 unter der Überschrift „Was wird die badische Regierung tun?“ eine Mitteilung ihres Karlsruher Korrespondenten, die sich mit dem Aufruf der Reichsregierung nach dem Regierungsantritt befaßte. In diesen Ausführungen erblidete der Reichsminister des Innern den Tatbestand der Beschimpfung und böswilligen Verächtlichmachung von leitenden Beamten des Staates.

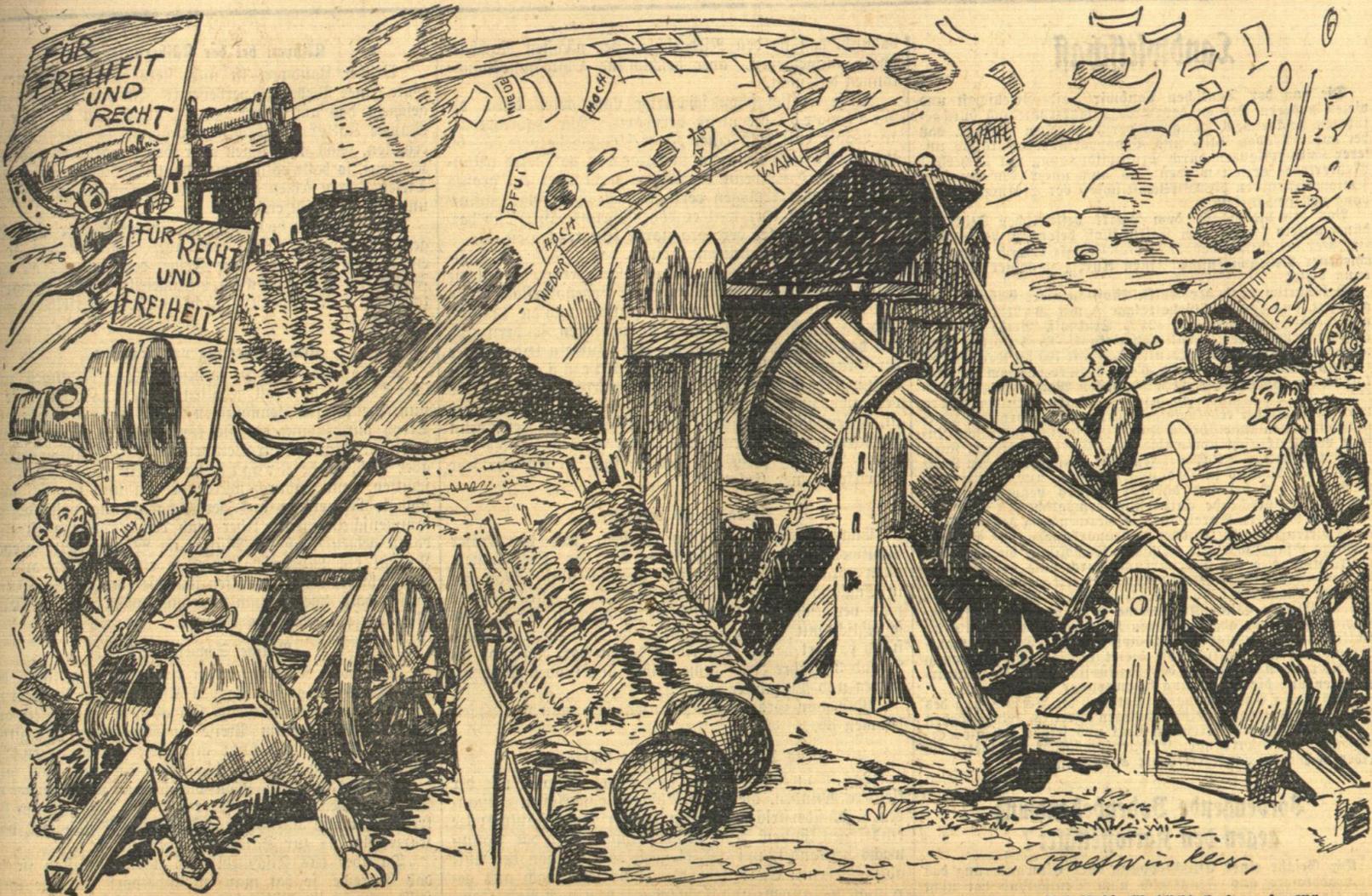
Waldkircher Klepperlegung

Waldkirch, 24. Febr. Die Waldkircher Faschnacht wird am Donnerstagabend mit dem traditionellen Klepperlegung feierlich eröffnet werden. Nach Eröffnung der Faschnacht durch den Narrenhütler und Abhängen des Krachstüchleins auf dem Marktplatz bewegt sich der bunte Zug mit der Stabmusik und der Junntabne an der Spitze durch die Straßen der Stadt. Außer dem Heuert und den Klepperlesbuben mit ihrem General wird heuer erstmals eine Abteilung der neugegründeten Bürgerwehr in ihren historischen Uniformen und eine Gruppe Raudia in den alten Kostümen im Zuge marschieren. Nach dem Umzug werden nach altem Brauch an die Büben und Mädels Weiden und Wurft verteilt.

Zwei Tote bei einem Lawinenunfall

Wien, 24. Februar. In Guttal, in der Nähe des bekannten Rüntner Gebirgsortes Heiligenblut, ereignete sich ein schweres Lawinenunfall, bei dem zwei Hamburger, der Versicherungsbearbeiter Karl Willi Runge und die Kontoristin Gebwila Hildebrandt, verunglückt wurden. Runge hat sich selber herausgearbeitet, ist aber in der Nähe des Unfallsortes an einem Steilhang abgestürzt. Seine Leiche konnte von einer Rettungsexpedition der Landaberei abgehoben werden. Die Suche nach der Leiche der Kontoristin wird fortgesetzt.

Wochenend-Panoptikum



Mit grobem Geschüb

In Deutschland geht's mit Kraach und Bläh
Und mit dem allergrößten G'schüh;
Ein jeder schlägt nach Lust und Laune,
Oft mit der ältesten Kartause,
Um so mit Lärm — nicht zu beschreiben —
Den Gegner gänzlich aufzureiben.

Und ist die Wahlschlacht dann im März
Gut überstanden allerwärts,
Sieht jeder fern die Hoffnung schimmern,
Daß wir ein neues Deutschland zimmern.

Beim Zahnarzt

„Vater, sagtest du nicht, Zahnziehen tut heute nicht mehr weh?“
„Natürlich, mein Sohn, stimmt es etwa nicht?“
„Na, Vater, da hättest du mal hören sollen, wie der Zahnarzt gebrüllt hat, als ich ihn in den Finger gebissen habe!“

Diagnose

„Nun erklären Sie mir, was für Beschwerden Sie eigentlich haben,“ sagte der Arzt.
„Ich kann es so schwer erklären,“ antwortete der Patient, „ich weiß nur, daß ich mich nicht gut fühle.“
„Was für eine Art von Leben führen Sie?“ fragte der Arzt.
„Ich arbeite wie ein Pferd, bin mittags hungrig wie ein Wolf, abends bin ich müde wie ein Hund und schlafe wie ein Murrekittler.“
„Hm,“ meinte der Arzt, „mir scheint, Sie täten am besten einen Tierarzt aufsuchen.“

Abgelehnt

Das Telephon läutet. Bornsegg, Inhaber der Firma Bornsegg u. Schnaaf, nimmt den Hörer ab. Batus, der Vorsitzende des Gesangsvereins ist da.
„Du,“ sagt er, „wir singen morgen früh in der Strafanstalt Oberlichtenfels. Um 10 Uhr 20 treffen wir uns vor dem Gefängnisportal.“
„Ausgeschlossen!“ sagt Bornsegg. „Ich sänge nicht im Gefängnis.“
„Aber warum denn nicht?“ Batus ringt die Hände. „Alle sind damit einverstanden, und ausgerechnet du...“
„Kommt gar nicht in Frage,“ unterbricht Bornsegg. „Erst hintergeht mich der Schnaaf zwei Jahre lang, dann fälscht er meine Unterschrift, dann stiehlt er mir zweitausend Mark aus der Kasse, dann bekommt er, alles zusammen genommen, nur drei Monate Gefängnis dafür, und dann soll ich ihm auch noch was vorzingeln!“

Die Hausfrau

„Ich bin diesen Sommer mit meiner Frau in der Schweiz auf den Bergen herumgeklütert. Einmal krazelten wir in aller Früh hinauf, um den Sonnenaufgang zu sehen. Bis es so weit war, strickte meine Frau, die sehr fleißig ist, an einem Strumpf.
Plötzlich tollerte ihr Anäuel den Abhang hinunter in die Tiefe und was meinen Sie? Da ist sie bis zum Abend oben geblieben, um das Wollnäuel heraufzustricken.“

Er weiß Bescheid

Schaffner: „Der Wagen ist besetzt; eine Person nur noch.“
Dame: „Nehmen Sie uns doch beide mit. Sie wollen doch nicht eine Tochter von ihrer Mutter trennen.“
Schaffner: „Sie haben recht. Das habe ich einmal getan. Nie wieder!“

Recht hat er

Der Mäzen stand vor dem Bild.
„Man kann sich an Ihrem Bild nicht satt sehen.“
Der Maler nickte.
„Deswegen will ich es ja verkaufen.“

Arbeitseinteilung

„Wer führt denn in Ihrem Hause das Regiment?“ fragt Herr Balduin seinen Geschäftsfreund, den kleinen Einius.
„Nun, wir teilen uns das ein... meine Frau erzieht die Kinder, wacht über die Dienstmoten und teilt das Geld ein... und ich, ich versorge den Goldfisch!“

Der Name

Tante hört schwer. Sie hat zum Hören eine Tüte. Eines Tages kam ihr Nefte.
„Darf ich dir Herrn Nieselpriem vorstellen?“
„Sehr angenehm. Wie war doch Ihr Name?“
„Nieselpriem.“
„Wie bitte?“
„Nie—sel—priem.“
„Wie?“
Der Fremde zischte in die Tüte:
„Nie—sel—priem!“
Tante lächelte verlegen.
„Du dumme — Sie werden mich auslachen — ich verstehe immer Nieselpriem.“

Humor

„Müller ist noch einer von den wenigen, auf die man sich verlassen kann!“
„Ach wo! Vor drei Monaten hat ich ihn, mir hundert Mark zu leihen, und heute habe ich sie noch nicht bekommen!“
Nach einer Ewigkeit brachte der Kellner den bestellten Kaffee.
„Bitte, einmal Kaffee, der Herr! Spezialsorte aus Brasilien!“
„Ach so!“ knurrt der Gast, „da sind Sie gewesen!“

Richter: „Sie haben den Kläger im Affekt geschlagen?“
Angeklagter: „Nein, im Treppensur.“

„Früh, wo warst du gestern abend mit meinem Auto?“
„Ich habe nur einen Freund ins Theater gebracht.“
„Dann sage deinem Freund, seinen Lippenstift kann er sich bei mir abholen.“

„Bitte um Vertagung, mein Anwalt ist krank.“
„Sie sind beim Eindruck festgenommen, das kann doch auch Ihr Anwalt nicht bestreiten.“
„Wissen Sie das so genau, Herr Richter?“

„Rauchen soll schädlich sein? Mein Vater raucht von morgens bis abends und ist bald siebzig Jahre.“
„Hätt' er nicht geraucht, wär er längst achtzig.“

„Bati, wovon leben eigentlich die Delphine?“
„Ich denke, von Sardinen oder so.“
„Nanu, haben die denn einen Büchsenöffner?“

„Weniel Männer, meinen Sie, Herr Assessor, mache ich unglücklich, wenn ich heirate?“
„Ich weiß doch nicht, gnädiges Fräulein, wie oft Sie heiraten wollen.“

Angeklagter: „Ich bitte ums Wort, Herr Richter.“
Richter: „Gut, aber fassen Sie sich kurz und sagen Sie die reine Wahrheit. Alles andere ist Sache des Verteidigers.“

„Nanu, Müller, haben Sie sich einen neuen Wagen angeschafft?“
„Ja, ich bin vor einigen Tagen in eine Garage gegangen, um zu telefonieren, und ich möchte hann nicht wieder hinausgehen, ohne eine Kleinigkeit zu kaufen.“

„Vater,“ fragte der kleine Erich, „was ist ein Diplomat?“
„Ein Diplomat,“ antwortete der Vater, „ist ein Mann, der sich an den Geburtstag einer Frau erinnert, aber ihr Alter vergißt.“

„Es ist mir aufgefallen, daß die Autoren von Kriminalromanen meistens Männer sind.“
„Das ist doch klar. Welche Frau könnte das Geheimnis, wer der Mörder ist, bis zum letzten Kapitel für sich behalten?“

„Denk mal, Mäme, ich habe geträumt, du hättest mit einem Mantel für tausend Mark geschenkt.“
„Bisthen nobel von mir, na, aber du kannst ihn von mir aus behalten.“